

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 178 (2012)

Heft: 6

Vorwort: Editorial

Autor: Schneider, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Liebe Leserin, lieber Leser

Ich habe mich doppelt gefreut: Zuerst über die zahlreichen Leserbriefe und persönlichen Mitteilungen, die ich seit dem Erscheinen der Aprilausgabe der ASMZ erhalten habe. Nicht nur tragen sie direkt zur Verbesserung der Qualität Ihrer Zeitschrift bei, sie verleihen ihr wesentlich mehr Gewicht und machen sie so zum Forum, das sie meines Erachtens sein sollte!

Dann aber auch über die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates, die am 30. April 2012 in einem Communiqué geschrieben hat: «Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates hält die Beschlüsse, die der Bundesrat letzte Woche gefasst hat, für höchst problematisch. Die vorgesehene Senkung des Ausgabenplafonds gefährdet die Entwicklung der Armee und das angestrebte Gleichgewicht zwischen deren Aufträgen und Mitteln. Die Kommission zeigt sich befremdet, dass der Bundesrat die entsprechenden Parlamentsbeschlüsse missachtet, weshalb sie ihn schriftlich auffordern wird, auf seine Beschlüsse zurückzukommen.»

Weiter unten schreibt sie: «Ihrer Meinung nach zeugt dies von mangelndem Respekt gegenüber dem Parlament.»

Die Armee nähert sich in einem wohl höheren Tempo, als wir gerne wahrhaben möchten der Schicksalsfrage; seit Jahren wird sie nicht ohne Folgen unterfinanziert:

Die Bestände wurden immer wieder reduziert, sowohl der Formationen (und deren Dienststageguthaben) wie auch der Verwaltung. Die für die Erhaltung der Kernkompetenzen (gemäss Sicherheitspolitischem Bericht 2010, Ziffer 5.2.1.1) notwendigen Bestände sind teilweise unterschritten. Trotzdem können nicht alle Formationen vollständig ausgerüstet werden. Ausbildung mit supponiertem Material ist kein Zustand,

grössere Einsätze parallel zum ordentlichen Ausbildungsbetrieb in Schulen und Kursen sind kaum möglich. Das wenige Material wird von Formation zu Formation weitergereicht und ist einem hohen Verschleiss ausgesetzt.

Grössere Rüstungsprojekte brauchen Zeit und können sich immer wieder verzögern. Zusammen mit den wesentlich verkleinerten Planungs- und Beschaffungsstellen führt dies dazu, dass den politischen Instanzen Ersatzprojekte nicht rechtzeitig unterbreitet werden können. Restkredite verfallen und die Armee gerät in eine sich immer schneller drehende Spirale.

Mit dem Parlamentsbeschluss von 100 000 Mann und 5 Milliarden Franken (inklusive TTE) kann der Teufelskreis durchbrochen werden. Der Bundesrat hat deswegen ein Sparprogramm geltend gemacht und Einsparungen bei Bildung, Gesundheit und Verkehr in den Vordergrund gestellt. Dies ist schlicht unredlich, die sechs anderen Departemente müssen keine Budgetreduktionen in Kauf nehmen (wie dies die Armee seit Jahren erlebt), sondern sich lediglich auf einen etwas reduzierten Zuwachs ihrer Budgets einstellen.

Es ist erfreulich, dass die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates sich zur Wehr gesetzt hat; es bleibt zu hoffen, dass die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates es ihr gleichtun wird und dass danach die beiden Räte als Ganzes auf ihrem Beschluss beharren.

Von der Presse weitgehend unkommentiert hat der Bundesrat das weitere Vorgehen im Bereich Cyber Defense Strategie festgelegt. Dass eine solche notwendig ist, haben uns die Ereignisse in Estland 2007 deutlich vor Augen geführt, dort wurden ganze Führungsinfrastrukturen lahmgelegt. Hans Wegmüller berichtet. Die gewählte dezentrale Lösung, gegen den Vorschlag des VBS, entspricht offenbar den Vorstellungen der betroffenen Partner, insbesondere aus der Wirtschaft. Die entscheidende Frage wird sein, ob die gewählte Lösung, die zweifellos einen gewissen Schutz gewährleistet, auch in der Lage ist, die dringend notwendige umfassende Cyber Defense zu bieten. Es bleibt vorerst offen, ob damit die Bedürfnisse des Staates und der Armee auf der strategischen Ebene befriedigt werden können. *Affaire à suivre!*

Peter Schneider, Chefredaktor
peter.schneider@asmz.ch